

Nr. 5.2.3.03

**Schreiben Fa. Albert Klincke Heinr. Sohn an
das Reichswirtschaftsministerium (08.10.1919)**

Brief

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 3101, 126

Formalia:

Maschinenschriftliches Briefdokument

Regest:

Die Firma Albert Klincke Heinr. Sohn aus Altena in Westfalen, Hersteller von blanken komprimierten Stahlwellen und Gussstahlfabrikaten aller Art, argumentiert in diesem Schreiben gegen die Aufhebung der Außenhandels- und Devisenkontrollen, die nach dem Ersten Weltkrieg weiter in Kraft geblieben bzw. erneuert worden waren. Das dabei vorgebrachte Argument, durch einen dadurch ausgelösten Exportboom ließe sich der inländische Bedarf nicht mehr decken, erscheint als durchaus unkonventionell. Zugleich zeigt es jedoch, dass der Abbau der kriegswirtschaftlichen Organisation keineswegs von allen Unternehmen begrüßt wurde, sondern sich viele Firmen darin durchaus "eingerichtet" hatten.

An das Reichswirtschaftsministerium

diktatorischer Ausschuss

Berlin,
2

Bunsenstr.

Als Interessent an der Ausfuhr deutscher Erzeugnisse, da ein grosser Teil meiner Fabrikate seit längeren Jahren nach dem Auslande geht und ich mich im Interesse der Allgemeinheit in letzter Zeit besondere um das Ausfuhrgeschäft bemüht habe, um ausländische Zahlungsmittel herein zu holen, muss ich hiermit sowohl gegen die beabsichtigte völlige Aufhebung der Ausfuhrverbote als auch

gegen die Dezentralisation der Behandlung der Ausfuhrbewilligungen, welche durch die Entsendung von Delegierten des Herrn Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung nach den süddeutschen Bundesstaaten veranlasst ist.

nachdrücklichst Einspruch erheben. Nachdem in wünschenswerter Weise die Behandlung der Anträge auf Ausfuhrbewilligung vereinfacht und beschleunigt ist, sehe ich keinen Anlass, hierin noch weiter zu gehen und jede Controlle dieserhalb aufzuheben, vielmehr würde eine solche Massnahme ganz ohne Zweifel sehr zum Nachteil der heimischen Industrie und damit auch für die Allgemeinheit in Deutschland werden. Es ist eine bekannte Tatsache, dass in ganz Europa, ja in der ganzen Welt ein[2] derartiger Bedarf in allen Erzeugnissen besteht, dass bei völliger Aufhebung sämtlicher Ausfuhrverbote ohne jede Rücksicht auf alles und jedes an Erzeugnissen ausgeführt werden würde, sodass nicht nur der inländische Bedarf völlig deckungslos bleiben würde, sondern es würde auch vielfach Rohmaterial und halbfertige Ware, welche die heimische Industrie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und zur Beschäftigung ihrer Arbeiter dringend bedarf, zur Ausfuhr kommen und somit die einheimische Industrie schwer geschädigt und zum grossen Teile zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden. Zudem würde eine völlige Aufhebung der Ausfuhrverbote nur dem sich auf allen Gebieten in geradezu unerträglicher Weise breit machenden Schieberunwesen Vorschub leisten, da schon jetzt wahrnehmbar ist,

dass von Zwischenhändlern vielfach eine völlige unkontrollierte Ausfuhr über das besetzte Gebiet¹ erfolgt, sehr zum Schaden der einheimischen Industrie. Das Interesse der einheimischen Erzeugung und damit des gesamten deutschen Volkes erfordert also dringend, dass die Ausfuhr auch weiterhin unter Kontrolle bleibt und ein ebenso dringendes Bedürfnis ist es, dass diese Kontrolle einheitlich gehandhabt wird, nicht aber den verschiedenen Bundesstaaten überlassen wird, denn hierdurch würde der Zweck der Kontrolle ohne weiteres unterbunden werden. Es ist auch nicht zu verstehen, dass man den sonst auf allen Gebieten wahrnehmbaren Bestrebungen zur Einheitlichkeit hier geradezu entgegengesetzten Bestrebungen Raum giebt. Nach den eingetretenen Erleichterungen und der schnelleren Behandlung der Ausfuhranträge, welches Verfahren ab i.cr. noch vereinfacht worden ist, besteht meines Erachtens kein Anlass zu noch weitergehenden Wünschen und wo solche gestellt werden, kann es nur aus Kreisen sein, welche sich überhaupt jeder Kontrolle entziehen möchten, was an sich schon beweist,[3] dass es sich hier um Sonderinteressen handelt, welche denjenigen der Allgemeinheit zuwiderlaufen.

Um es also zu wiederholen, nicht nur im Interesse unserer heimischen Industrie, sondern unseres gesamten Wirtschaftslebens ist es eine zwingende Notwendigkeit, dass die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse auch weiterhin unter Kontrolle bleibt und dass diese Kontrolle einheitlich gehandhabt wird.

AlbertKlinke Heinrsohn

1 Gemeint ist das hauptsächlich von französischen Truppen besetzte Rheinland.